

FREIBERUFLER-TICKER vom 5. August 2022

1. Plus 6,8 Prozent neue Ausbildungsverträge

Zum 30. Juni 2022 verzeichnen die Kammern der Freien Berufe 25.469 neue Ausbildungsverträge, ein Plus von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt. Dieser Wert liegt zudem über dem des Vor-Corona-Jahres 2019 (24.808). „Eine beachtliche Leistung der ausbildenden Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie deren Kammern und Verbänden“, so BFB-Präsident Friedemann Schmidt in einer [Pressemitteilung](#) vom 1. August 2022, worüber die F.A.Z. vorab exklusiv berichtete. Das sind zuversichtlich stimmende Vorboten für das Ausbildungsjahr 2022/2023, das in Kürze startet, und spricht für den unverminderten Fachkräftebedarf. Da es einen Bewerberinnen- und Bewerbermangel und keinen Mangel an Ausbildungsplätzen gibt, setzt die geplante Ausbildungsgarantie am falschen Ende an. Vielmehr ist mehr Wertschätzung für diejenigen geboten, die ausbilden. Zunehmend herausfordern werden die steigenden Abbruchquoten.

2. Fachkräftemangel steigt auf Allzeithoch

Der Fachkräftemangel erreicht in Deutschland einen neuen Höchststand. Im Juli 2022 waren 49,7 Prozent der Unternehmen beeinträchtigt. Das geht aus einer am 2. August 2022 [veröffentlichten](#) Erhebung im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen seit dem Jahr 2009 hervor. Der bisherige Rekord vom April 2022 (43,6 Prozent) wurde damit deutlich übertroffen. Aus dem Bereich der Freien Berufe werden unter anderem ausgewiesen: Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung mit 72 Prozent, Architektur- und Ingenieurbüros mit 60,2 Prozent, Unternehmensberatung mit 43,9 Prozent, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten mit 25,2 Prozent.

3. Corona-Konzept

Das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium der Justiz haben unter Beteiligung des Bundeskanzleramtes einen Vorschlag für eine Fortentwicklung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) erarbeitet, so der [Bericht](#) der Bundesregierung in der Pressekonferenz am 3. August 2022. Im Herbst und Winter 2022 sei mit einem saisonalen Anstieg der COVID-19-Fälle und mit einer gesteigerten Belastung des Gesundheitssystems sowie der sonstigen kritischen Infrastrukturen zu rechnen. Deshalb seien modifizierte Anschlussregeln erforderlich. Mit einem IfSG-Stufenmodell gebe man Bund und Ländern rechtssichere Werkzeuge zur Pandemievorsorge an die Hand, wobei Kern der Strategie weiterhin die Maskenpflicht im Luft- und öffentlichen Personenfernverkehr und zielgerichtetes Testen für besonders gefährdete Personen bleiben. Weiter sollen die Länder bestimmte weitere Schutzmaßnahmen optional anordnen können, soweit dies erforderlich ist, um die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems oder der sonstigen kritischen Infrastruktur zu gewährleisten und einen geregelten Schulunterricht in Präsenz aufrechtzuerhalten, beispielsweise auch durch die Pflicht zum Tragen medizinischer Masken in Schulen ab der 5. Klasse, Testpflicht in bestimmten öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Hafteinrichtungen. Dazu soll der § 28b IfSG neu gefasst werden. Der Vorschlag sieht lageangepasste Rechtsgrundlagen vom 1. Oktober 2022 bis zum 7. April 2023 vor. Die bisherigen pandemiebedingten Sonderregelungen des IfSG waren bis zum 30. September 2022 befristet.

4. Auswirkung des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt

Mit dem Ausscheiden der Babyboomer geht dem Arbeitsmarkt eine große Zahl an Erwerbspersonen verloren, denn 12,9 Millionen Erwerbspersonen erreichen in den nächsten 15 Jahren das gesetzliche Rentenalter. Dies geht aus der mit [Pressemeldung](#) vom 4. August 2022 vorgestellten Studie des Statistischen Bundesamtes hervor. Nach den darin veröffentlichten Angaben aus dem Mikrozensus 2021 werden 12,9 Millionen Erwerbspersonen bis 2036 das Renteneintrittsalter überschritten haben. Dies entspricht knapp 30 Prozent der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen, bezogen auf das Berichtsjahr 2021. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen war 2021 über alle Altersgruppen hinweg merklich geringer als die der Männer. Eine größere Arbeitsmarktpartizipation von Frauen könnte somit zur Aktivierung eines insgesamt größeren Erwerbspersonenpotenzials beitragen, so die Erhebungen.

5. KfW-ifo-Mittelstandsbarometer: Große Rezessionsorgen im Mittelstand

Nach einer kurzen Phase der Stabilisierung im Frühjahr 2022 befindet sich das mittelständische Geschäftsklima aus Angst vor einem Gaslieferstopp laut [Mitteilung](#) der KfW vom 2. August 2022 zu Beginn des Sommerquartals 2022 wieder im Sinkflug. So geben die Lageurteile nach und brechen die Erwartungen weiter ein. Aus Sicht der KfW wird eine Rezession immer wahrscheinlicher. Auch die Freien Berufe sind skeptisch, wie aus der am 8. Juli 2022 [veröffentlichten](#) BFB-Konjunkturumfrage hervorging. Sie sorgen sich im Zuge des Krieges gegen die Ukraine vor einer sich weiter verfestigenden Wirtschaftskrise und einem schwierigen Marktumfeld.

6. Erste Online-Gründung einer GmbH in Deutschland

Erstmalig ist am 1. August 2022 in Deutschland online eine GmbH gegründet worden. Beurkundet wurde dabei in einer Videokonferenz über das Portal der Bundesnotarkammer (BNotK). Der Gründer saß in Berlin, der Notar in München. Die Gründung markiert den Start des notariellen Online-Verfahrens, wie die BNotK am 1. August 2022 [mitteilte](#). Neben der Gründung einer GmbH sind jetzt auch Anmeldungen zum Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister digital möglich. Weitere Informationen zum notariellen Online-Verfahren stehen hier: [online-verfahren.notar.de](https://www.online-verfahren.notar.de).

7. Kreditmarkt unter Eindruck der Zinswende

Das von KfW Research berechnete Kreditneugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen machte laut [Mitteilung](#) vom 2. August 2022 im ersten Quartal 2022 einen weiteren Satz nach oben. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wuchsen die neuen Bankdarlehen um 15,5 Prozent. Das starke Kreditwachstum wird vor allem auf kurzfristigen Finanzierungsbedarf höherer Lagerhaltung, die gestörte Lieferketten auffangen soll, und Zinssicherungsmotive vor dem Hintergrund der geldpolitischen Straffung zurückgeführt. Mittelfristig rechnet die KfW damit, dass vor allem eine sich abzeichnende wirtschaftliche Abkühlung und höhere Zinsen mit Investitionszurückhaltung und einer zum Jahresende weniger stark wachsenden Kreditnachfrage einhergehen.